



## Antrag 3

### Antrag an die Landeskonferenz der AWO Hamburg

#### Zukunft der Rente - Eckpunkte zu einer Reform des deutschen Rentensystems

Die Landeskonferenz der AWO Hamburg möge beschließen:

- 1 Bundesminister\*innen und Bundestagsabgeordnete werden aufgefordert,
  - 2 1. sich für eine grundlegende Rentenreform einzusetzen mit dem Ziel, allen Menschen  
3 nach einem langen Arbeitsleben von mehr als 40 Jahren eine auskömmliche Rente zu  
4 gewährleisten. Es gilt, in Anlehnung an das „Österreichische Modell“ ein deutsches  
5 Rentensystem zu etablieren, in das alle Beschäftigte, auch Beamte und Selbstständige  
6 sowie Landtags- und Bundestagsabgeordnete und Minister\*innen einzahlen.  
7  
8 Des Weiteren soll langfristig das Rentenniveau schrittweise angehoben werden (siehe  
9 Österreich: 80%; Deutschland: derzeit 48,2%). Das Prinzip der paritätisch  
10 umlagefinanzierten Rente als Hauptsäule des deutschen Rentensystems bleibt dabei  
11 unberührt.  
12
  - 13 2. sich für die Herauslösung aller versicherungsfremden Leistungen aus der Rentenkasse  
14 starkzumachen. Gezahlte Rentenbeiträge sind künftig ausschließlich für die  
15 Beitragszahlenden und deren direkte Rentenansprüche zu verwenden. Die in der  
16 Vergangenheit bereits erfolgten Entnahmen aus der Rentenkasse für  
17 versicherungsfremde Leistungen etwa im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung  
18 sind mittelfristig durch erhöhte Bundeszuschüsse auszugleichen.  
19
  - 20 3. sich für eine deutliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze für die Beiträge zur  
21 Rentenversicherung auszusprechen, damit auch Gutverdienende einen solidarischen  
22 Beitrag zur Rente leisten (Beitragsbemessungsgrenze 2024: 7.450 Euro/Monat; alte  
23 Bundesländer 7.550 Euro/Monat).  
24
  - 25 4. sich für die Anhebung des Mindestlohns und Reduzierung versicherungsfreier  
26 Minijobs einzusetzen. Eine versicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung muss zu  
27 einer Rente oberhalb des Niveaus der Grundsicherung führen.  
28
  - 29 5. sich für die Anhebung des Freibetrags in der Einkommenssteuer für  
30 Renteneinkommen aus der Rentenversicherung auf mind. 16.000 Euro jährlich  
31 starkzumachen.  
32

33 6. sich darüber hinaus für einen steuer- und abgabenfreien Inflationsausgleich von bis  
34 zu 3.000 Euro einzusetzen, um neben Arbeitnehmer\*innen sowie Bundes- und  
35 Landesrentner\*innen auch Rentner\*innen einen finanziellen Ausgleich zukommen  
36 zu lassen.

37 **Begründung:**

38 Das deutsche Rentensystem wird seit Jahren von bestimmten Kreisen aus der Wirtschaft,  
39 Konservativen und Liberalen unter erheblichen politischen Druck gesetzt. Zudem ist das  
40 Rentenniveau durch den Gesetzgeber in Deutschland von Mitte der 70er-Jahre an Schritt für  
41 Schritt von circa 60% auf aktuell 48% herabgesetzt worden. Andererseits sollen im Interesse  
42 der Wirtschaft die Rentenbeiträge mindestens stabil bleiben und langfristig abgesenkt bzw.  
43 das System der paritätischen Finanzierung der Rentenbeiträge zwischen Arbeitgeber und  
44 Arbeitnehmer aufgegeben werden. Stattdessen werden von konservativ-liberalen Kreisen  
45 anlage- bzw. aktienfinanzierte Rentensysteme vorgeschlagen und vorgebracht  
46 (Generationenkapital). Das sog. Generationenkapital soll einen Beitrag leisten zur  
47 Stabilisierung der Rentenbeiträge und dazu dienen, die Bundeszuschüsse an die Deutsche  
48 Rentenversicherung (DRV) mittelfristig abzusenken. Nicht zur Anhebung des aktuellen  
49 Rentenniveaus!

50 Ein Problem ist die Intransparenz bei der Finanzierung von sog. versicherungsfremden  
51 Leistungen (Leistungen ohne Beitragshinterlegung) über die DRV. Dies wurde unlängst auch  
52 vom Bundesrechnungshof bemängelt und Transparenz gefordert. Experten gehen davon aus,  
53 dass auf diese Weise der Rentenkasse in den letzten Jahrzehnten bis zu 900 Milliarden Euro  
54 entzogen worden. Die sogenannten Ausgleichszahlungen des Bundes an die Rentenkasse aus  
55 Steuermitteln sind seit Jahren nicht ausreichend und decken die Ausgaben der Rentenkasse  
56 für versicherungsfremde Leistungen nicht vollständig ab. Bedingt sind Zahlungen von  
57 Leistungen aus der Rentenkasse ohne Beitragshinterlegung durch Beschlüsse der jeweiligen  
58 Bundesregierungen siehe Mütterrente, Opferrenten, DDR-Renten etc.

59 Gleichzeitig ziehen sich immer mehr Abgeordnete aus der Rentenversicherung zurück und  
60 versorgen sich durch Parlamentsbeschlüsse mit einer steuerfinanzierten Alterssicherung  
61 (aktuell Hamburg).

62 Statt aber nun die Rentenkasse in Ordnung zu bringen und die Missstände zu beseitigen z.B.  
63 durch die Ausgliederung aller versicherungsfremden Leistungen sowie deren Finanzierung  
64 aus Steuermitteln und sich für eine sozial gerechte und auskömmliche Rente einzusetzen,  
65 beabsichtigt die Bundesregierung das Arbeiten nach Eintritt in die Rente massiv zu fördern.  
66 Rentner\*innen sollen künftig weit mehr als bisher als preiswerte Arbeitsmarktreserve der  
67 Wirtschaft zur Verfügung stehen und so u.a. einen Beitrag leisten zur Beseitigung des  
68 Fachkräftemangels in Deutschland. Das Arbeiten im Alter soll für Millionen der heutigen und  
69 künftigen Rentner\*innen zur „Normalität“ werden.

70 Ein Fünftel aller Rentner\*innen sind in Deutschland von Armut bedroht!  
71 Auf diesem Wege entledigt sich die Bundesregierung des Drucks, die Rentenkasse in  
72 Ordnung zu bringen, die Einnahmen der Rentenkasse zu verbessern und sich für eine sozial  
73 gerechte und auskömmliche Altersrente einzusetzen.

74 Alternativ verweist die Bundesregierung beim Thema Altersarmut auf das verbesserte  
75 Wohngeld und das Bürgergeld als Ersatz für eine sozial gerechte Alterssicherung. Seit Jahren  
76 steigt die Anzahl der Rentner\*innen in diesem Land, die auf Sozialleistungen des Staates  
77 angewiesen sind.

78 In Deutschland hat sich 70 Jahre nach Einführung der „Sozialen Marktwirtschaft“ bei der  
79 Rente/Alterssicherung ein an feudale Zeiten erinnerndes „Drei-Klassen-System“ von  
80 Wohlhabenden mit privater Alterssicherung (Immobilien, Fonds, Vermögen etc.), staatlichen  
81 Pensionär\*innen (Beamte\*innen) und am Ende der Kette die „deutschen  
82 Durchschnittsrenter\*innen“ herausgebildet und soll nach dem Willen von  
83 Wirtschaftsverbänden, Lobbyvereinen und Parteien weiter ausgebaut und die soziale und  
84 einkommensbedingte Spaltung der Gesellschaft im Interesse der Wirtschaft voran getrieben  
85 werde.

Präsidium AWO Hamburg